

100 Prozent sauber gibt es nicht

In München hat es wieder zu schneien begonnen, in der kleinen Straße im bürgerlichen Stadtteil Bogenhausen bleiben die ersten Flocken auf dem Trottoir liegen. An einer Straßenecke erstrahlt in weihnachtlicher Festbeleuchtung der Bogenhauser Hof, den jetzt ganz ohne Security ein unauffälliger Mann betritt. Daniel Risch, Liechtensteins Regierungschef, trägt Anzug und Krawatte, dunklen Mantel, schwarze Hornbrille.

VON STEFFEN FRÜNDT

WELT AM SONNTAG: Nettes Viertel, kennen Sie es aus Ihren Münchner Studienjahren?

DANIEL RISCH: Tatsächlich habe ich nicht sehr weit von hier mal gewohnt, am Prinzregententheater. In diesem Gasthof war ich aber nie.

Vielleicht auch nicht unbedingt was fürs Studentenbudget. Aber guten Tag erstmal, wie lautet überhaupt die korrekte Anrede?

Die Ansprache ist Herr Regierungschef. Oder Daniel. In Liechtenstein sind wir alle per Du.

Herr Regierungschef, Sie vertreten gerade auf der Bodenseekonferenz auf internationalem Parkett ein Land mit weniger Einwohnern als Borken in Westfalen. Sie sitzen sogar dem Europarat vor. Andere haben für so etwas riesige Stäbe und Delegationen, Sie sind fast allein unterwegs. Das scheint herausfordernd.

Nachdem wir dem Europäischen Wirtschaftsraum beigetreten sind, mussten 12.000 EU-Rechtsakte bei uns umgesetzt werden. Und das mit rund tausend Verwaltungsmitarbeitern, bei denen die hundert Polizisten schon mitgezählt sind. Bei uns macht manchmal eine Person Jobs, für die es in großen Verwaltungen vier Abteilungen gibt. Das hat auch Vorteile. Der Abstimmungsaufwand ist ungleich kleiner – wir sind schnell und handlungsfähig. Das passt zu unserem Selbstverständnis eines unternehmerischen Staates.

Nach außen wirkt Liechtenstein wie eine Zeitkapsel. Eine Erbmonarchie, die noch um die Entflechtung von Kirche und Staat ringt. Zugleich führen Sie als erstes Land eine Kryptowährung als Zahlungsmittel ein.

Der Kontrast zwischen Tradition und Moderne ist in Liechtenstein sehr präsent. Am Tag sind wir ein pulsierender Wirtschaftsstandort mit 60.000 Menschen und innovativen Weltkonzernen, die mit der Welt interagieren. Am Abend sind wir dann noch 40.000, und dann ist es eher heimelig und vertraut. Dazwischen steht ein Staat, der sich wie ein Unternehmen versteht. Wir nehmen wenig und geben auch wenig. Das soziale Netz ist engmaschig, aber Förderung von Betrieben machen wir eigentlich nicht. Die Blockchain-Technologie passt hierzu.

Inwiefern?

Wir haben uns mit dem dezentralen Konzept der Token-Ökonomie beschäftigt. Die Sicherheit kommt hier nicht

Liechtensteins Regierungschef Daniel Risch erklärt, warum sein Land trotz „Weißgeldstrategie“ wieder Milliarden Stiftungsvermögen anlockt und als erster Staat Europas den Bitcoin einführt



ROLAND KORNER/FÖRSTENTUM LIECHTENSTEIN

Daniel Risch
Regierungschef

Nach der Kindheit in einem 500-Seelen-Dorf im Fürstentum Liechtenstein studierte Daniel Risch **BWL in St. Gallen und München**. Nach mehreren Berufsstationen unter anderem als Marketingchef der **Liechtensteinischen Post** wechselte er in die Politik und wurde 2017 Regierungsrat und im **März 2021 Regierungschef** Liechtensteins. Daniel Risch, 45, ist verheiratet und hat zwei Kinder.

durch zentrale Regulierung. Das Vertrauen bringt heute die Technologie, nicht eine Instanz. Es wäre uns zu weit gegangen, die Staatsfinanzen in Bitcoin anzulegen, aber staatliche Dienstleistungen können mit Krypto-Währung bezahlt werden.

Auch ohne Förderung hat Liechtenstein eine der höchsten Vermögensdichten der Welt, auf acht Einwohner kommt ein Unternehmen. Wie machen Sie das?
Gut, wie ich finde.

Sie haben keine Autobahn und keinen Flughafen, aber 770 angemeldete Porsches, 100 Ferraris und 50 Rolls-Royces. Womit bezahlen Ihre Einwohner ihre Rechnungen?
Mit Schweizer Franken. Was war die Frage?

Wir tasten uns zum Elefanten im Raum vor, zum Schwarzgeld, Treuhandstiftungen zur Steuervermeidung, den sogenannten „Strukturen“.

Die Frage lautet: Wovon lebt Liechtenstein heute?

Wir haben circa 5.000 aktive Unternehmen. Viele Kleinstbetriebe, aber auch rund 30 große, international tätige Unternehmen, die einen Großteil unserer Wertschöpfung ausmachen. Hoval, Hilti, Ivoclar. Die sind nicht nach Liechtenstein gekommen, weil hier die Steuern so niedrig sind, sondern weil sie von Liechtensteiner Familien gegründet wurden. Die mussten immer schon gut und international erfolgreich sein, weil sie kaum einen Heimmarkt für ihre Produkte haben. Das ist das Erfolgsrezept vom Werkplatz Liechtenstein. Und wir haben nach wie vor einen starken Finanzplatz und ein starkes Gewerbe. Die Diversifikation der liechtensteinischen Wirtschaft ist sehr hoch.

Wenn schon wir in Deutschland Fachkräftemangel haben – wie begegnen Sie diesem in einem Land mit mehr Arbeitsplätzen als Einwohnern?

Wir haben mehr als 20.000 Zupendler. Im Finanzsektor kommen viele aus der Schweiz, in der Industrie eher aus Österreich. Die Löhne der Zupendler liegen heute oft schon höher als die der Liechtensteiner, das ist zuweilen durchaus ein Thema. Aber nur so funktioniert das Modell, in dem wir auch hochqualifizierte Menschen nach Liechtenstein holen.

Die Ausländerquote liegt in Liechtenstein selbst in der Nacht noch bei 34 Prozent. Gibt es eine Überfremdungsdebatte?

Überhaupt nicht. Wir hatten große Zuwanderungsströme zunächst aus Italien und Spanien, später aus Jugoslawien und der Türkei. Die Menschen sind sehr gut integriert. Wir haben aktuell auch über 600 Flüchtlinge, ohne dass es große Probleme gibt. Wenn wir als Liechtensteiner fünf Minuten mit dem Auto fahren, sind wir in der Regel selbst Ausländer. Integration ist also in unserer DNA.

Auf jeden Fall, wenn es um Vermögen geht. Nach dem großen Skandal, der unter anderem den deutschen Postchef Klaus Zumwinkel ins Gefängnis brachte, gelobte Liechtenstein Transparenz und verordnete sich eine „Weißgeldstrategie“. Die Zahl der Strukturen fiel von 50.000 auf unter 10.000. Ein gigantischer Kapitalabfluss, nach dem der Finanzsektor eigentlich am Boden liegen müsste.

Liechtenstein hat den Finanzplatz in den letzten 15 Jahren komplett umgebaut. Wir hatten den wirtschaftlichen Tiefpunkt in diesem Bereich wohl vor sechs, sieben Jahren. Seither konnte wieder viel Kapital dazugewonnen werden, und wir liegen im Niveau über dem vor 15 Jahren. Denn die Kompetenz, Vermögen zu verwalten, ist ja nach wie vor da, die politische Stabilität, die deutsche Sprache – da gibt es viele Gründe, warum Kunden ihr Geld in Liechtenstein verwalten lassen. Aber eben steuerkonform. Andere Möglichkeiten, die es früher gab, bestehen aufgrund des automatischen Informationsaustausches und der Erfüllung aller internationaler Standards heute nicht mehr. Das wird uns auch von unabhängiger Seite bestätigt, und das ist gut so.

Ein deutscher Staatssekretär deutete unlängst an, Liechtenstein sei, in seinen Augen, immer noch ein Steuerparadies.

(lacht) Gegen diesen Ruf werden wir wahrscheinlich noch in 30 Jahren kämpfen. Wenn damit gemeint ist, dass man in Liechtenstein wenig beziehungsweise weniger Steuern bezahlt, ist das wohl richtig. Wir zahlen aber nicht keine Steuern. Es ist wohl in unserer wirtschaftsliberalen DNA, dass wir Wettbewerb gut finden. Dieser sollte auch im Steuerbereich spielen können. Daher hielten wir eine globale Mindeststeuer für keine gute Idee. Dieses Modell sagt ja nichts anderes, als dass egal wie effizient ein Staat organisiert ist, dieser in jedem Fall 15 Prozent einziehen muss. Trotz dieser Kritik sind wir bei diesem globalen Kompromiss mit dabei und werden demnächst unsere Unternehmenssteuer für Groß-

betriebe von 12,5 Prozent auf 15 Prozent anheben müssen.

Neue Potenziale erhofft sich Liechtenstein im Glücksspiel. Vor Jahren war dies bei Ihnen noch verboten, jetzt gibt es ein halbes Dutzend Spielbanken.

Wir waren eines der letzten Länder, die physische Spielbanken erlaubt haben. In einer Sparphase vor einigen Jahren gab es die Überlegung, dass ein schönes Casino eine Einnahmequelle sein könnte. Trotz relativ hoher Auflagen eröffneten dann in kurzer Zeit zwei, drei Spielbanken, in der Hochphase waren es mal acht oder neun. Wir haben die Geldspielabgaben nach oben angepasst, ein Genehmigungsmoratorium eingeführt, den Austausch von Sperrlisten mit der Schweiz initiiert und so verschiedene Maßnahmen getroffen, um eben kein Las Vegas zu werden. Das Betreiben von Online-Glücksspielen war und ist bei uns jedoch weiterhin untersagt. Die Einnahmen aus dem Glücksspiel liegen mit 40 Millionen Schweizer Franken über den Erwartungen, fallen aber in einem Haushalt von einer Milliarde auch nicht übertrieben ins Gewicht.

Fürst Hans-Adam II. hat als Staatsoberhaupt das Recht, gegen jedes Ihrer Gesetze sein Veto einzulegen. Wie sehr redet er Ihnen rein?

Selbst von den demokratischsten Kräften gab es in Liechtenstein auch in der Geschichte nie das Bestreben, die Monarchie abzuschaffen. Wir sehen das durchaus als stabilisierenden Faktor. Ich führe mit dem Erbprinzen regelmäßig Gespräche zu strategischen Fragen, die oft weit über die Legislaturperioden hinausgehen. Ums konkrete Tagesgeschäft geht es eher selten. Das einzige Veto, an das ich mich aus Erzählungen zu erinnern meine, war zu Beginn der 60er-Jahre zu einem Jagdgesetz. Wenn es um die demokratischen Rechte geht, ist Liechtenstein aber sogar noch demokratischer als die Schweiz.

Der Fürst ist allerdings zugleich Eigentümer der größten Privatbank des Landes – just der LGT-Group, die im Mittelpunkt des Schwarzgeld-Skandals stand. Ist das nicht ein Hemmnis bei Ihrer Weißgeldstrategie?

Überhaupt nicht. Die Liechtenstein-Erklärung wurde vom Fürstenhaus mitgetragen. Wenn es darum geht, einen möglichst sauberen Finanzplatz zu haben – einen hundert Prozent sauberen Finanzplatz gibt es auf der ganzen Welt nicht – sind wir uns in Liechtenstein sehr einig.

Die LGT und die Liechtensteinische Landesbank eröffnen gerade in Deutschland landauf, landab Filialen, die sich an große und sehr große Vermögen richten. Schätzen sie uns Deutsche nur wegen unseres Geldes?
Natürlich nicht. Wir sind Nachbarn um den Bodensee, sprechen die gleiche Sprache – wir gegebenenfalls etwas weniger geschliffen. Viele haben wie ich auch eine Zeit in Deutschland studiert, gelebt und gearbeitet. Deutschland ist so etwas wie unser größter deutschsprachiger Bruder – und wir der kleine.